

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

- öffentlicher Teil -

71. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. März 2002, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

Weitere Abgeordnete

Hermann Benker (SPD)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Berndt Steincke (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Zwischenbericht der Landesregierung über den beabsichtigten Verkauf des Kieler Schlosses (Fortsetzung der Beratung vom 28. Februar 2002) Umdrucke 15/1943 und 15/1977 - nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO -	4
2. Einschätzung der Landesregierung über Auswirkungen der aktuellen Situation der MobilCom AG - nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO -	5
3. Haushaltsvollzug 2001 Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1942	6
4. Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1565	8
5. Verschiedenes	9

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Zwischenbericht der Landesregierung über den beabsichtigten Verkauf
des Kieler Schlosses**

(Fortsetzung der Beratung vom 28. Februar 2002)

Umdrucke 15/1943 und 15/1977

Der folgende Sitzungsabschnitt wurde vom Ausschuss gem. Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV und § 17 Abs. 1 Satz 3 GO für nicht öffentlich erklärt. (Siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 14)

Die Einsichtnahme in diese Niederschrift ist gem. § 5 Abs. 2 der Richtlinien für die Arbeit und die Benutzung der Informations- und Dokumentationseinrichtungen (I+D-Einrichtungen) im Wissenschaftlichen Dienst des Schleswig-Holsteinischen Landtages nur den Abgeordneten, den Mitarbeitern der Fraktionen, Bediensteten der Landtagsverwaltung, von Mitgliedern der Landesregierung und deren Beauftragten und Mitgliedern des Landesrechnungshofes gestattet.

Anderen Personen kann bei Nachweis eines besonderen Interesses und nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen Einsicht gewährt werden. In Zweifelsfällen entscheidet der Landtagspräsident.

Ansprechpartner ist in diesen Fällen der I+D-Dienst:

Herr Hater Tel. 1107

Herr Fenske Tel. 1106

Frau Allers Tel. 1108

Frau Winschel Tel. 1105

Frau Engsbro Tel. 1109

Punkt 2 der Tagesordnung:

Einschätzung der Landesregierung über Auswirkungen der aktuellen Situation der MobilCom AG

Der folgende Sitzungsabschnitt wurde vom Ausschuss gem. Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV und § 17 Abs. 1 Satz 3 GO für nicht öffentlich erklärt. (Siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 46)

Die Einsichtnahme in diese Niederschrift ist gem. § 5 Abs. 2 der Richtlinien für die Arbeit und die Benutzung der Informations- und Dokumentationseinrichtungen (I+D-Einrichtungen) im Wissenschaftlichen Dienst des Schleswig-Holsteinischen Landtages nur den Abgeordneten, den Mitarbeitern der Fraktionen, Bediensteten der Landtagsverwaltung, von Mitgliedern der Landesregierung und deren Beauftragten und Mitgliedern des Landesrechnungshofes gestattet.

Anderen Personen kann bei Nachweis eines besonderen Interesses und nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen Einsicht gewährt werden. In Zweifelsfällen entscheidet der Landtagspräsident.

Ansprechpartner ist in diesen Fällen der I+D-Dienst:

Herr Hater Tel. 1107

Herr Fenske Tel. 1106

Frau Allers Tel. 1108

Frau Winschel Tel. 1105

Frau Engsbro Tel. 1109

Punkt 3 der Tagesordnung:

Haushaltsvollzug 2001

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/1942

St Döring weist auf den vorläufigen Charakter des Abschlusses hin und schlägt vor, den Vortrag auf die nächste Sitzung zu verschieben. Dann wisse man auch, welche Belastungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs auf Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Erstattung von Erdölförderzins durch Niedersachsen zukämen; die Bandbreite bewege sich zwischen 10 und 40 Millionen Euro. Die Vorsitzende stellt fest, dass es gegen die Verschiebung keinen Widerspruch gibt.

Abg. Spoorendonk möchte wissen, wie bei Punkt 1, Entwicklung des Landeshaushalts, der Anstieg der Personalkosten zwischen Soll und Ist zu erklären ist. AL Rohs erläutert unter Bezugnahme auf Anlage 4, das habe haushaltstechnische Gründe: Bei den Hochschulen gebe es beim Soll zwei Titel, die Hauptgruppe Zuweisung und die Hauptgruppe Investitionen, wobei die Ist-Ausgaben auf alle Titel gebucht würden. Daher ergäben sich Abweichungen im Ist.

Abg. Kubicki thematisiert die Frage des Überschreitens der Verfassungsgrenze im Haushaltsvollzug und bemerkt, dass man auf dem Klageweg durch das Bundesverfassungsgericht eine Klärung herbeiführen könne. St Döring erwidert, dass es dieses Jahr das erste Mal sei, dass die Verfassungsgrenze überschritten werde, und begründet das unter Hinweis auf die Steuerschätzung, die im November einen Finanzierungsbedarf von 160 Millionen ausgewiesen habe, dem man nicht mit einer Haushaltssperre oder einem Nachtragshaushalt habe begegnen können, sodass man Restkredite habe in Anspruch nehmen müssen. Im Rahmen des Länderfinanzausgleichs habe man stärker eintreten müssen, da die Finanzkraft Schleswig-Holsteins dadurch relativ gestiegen sei, dass hier das Körperschaftsteueraufkommen nicht in dem Maße wie in anderen Ländern zurückgegangen sei. Das habe man bei der Haushaltsaufstellung nicht berücksichtigen können.

Abg. Wiegard bittet, in der abschließenden Vorlage genau darzustellen, warum diese Entwicklung bei den Steuereinnahmen mit ihrer Wirkung auf Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleich bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltes nicht absehbar gewesen sei. Er komme bei der Hälfte der Beträge zu einem anderen Ergebnis.

Vorbehaltlich einer Einigung bei der Rückerstattung von Erdölförderzins sagt St Döring zu, die endgültigen Zahlen in diesem Quartal vorzulegen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Zweistufigkeit des Verwaltungsaufbaus in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1565

(überwiesen am 21. Februar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

Abg. Wiegard möchte in der nächsten Sitzung einen Zwischenbericht über die im Bereich der Steuerverwaltung vorgesehenen Maßnahmen vorgelegt bekommen, da ja spätestens im Juli Entscheidungen zu treffen seien.

Der Ausschuss nimmt den Bericht mit dieser Maßgabe einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf die Bitte der Abg. Heinold, dass auch dem Finanzausschuss ein Sachstandsbericht zum Schloss Glücksburg vorgelegt werden solle, schlägt die Vorsitzende vor, dass dieser Bericht, den das Bildungsministerium unaufgefordert vorlegen wolle, in der letzten Sitzung im März erstattet werde.

St Döring berichtet über das Kassenverfahren, dass die wesentlichen Fehler hätten ausgeräumt werden können. Im Wesentlichen laufe das Verfahren seit Ende Februar, wie zugesichert. Die bis zum 15.02. aufgelaufenen Buchungsfehler müssten jetzt abgearbeitet werden. Schließlich sei noch die GesamtAbstimmung des Verfahrens durchzuführen.

Abg. Kubicki fragt nach der Aktenordnung im Ministerium vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Staatssekretär a.D. Dr. Lohmann mit dem Briefkopf „Der Staatssekretär des Finanzministeriums“ an außenstehende Dritte herangetreten sei. St Döring verweist darauf, dass man zwischen Dienstschriften und Privatdienstschriften unterscheiden müsse, für die es verschiedene Briefköpfe gebe. Die Durchschriften seiner persönlichen Schreiben hefte er in eine besondere Akte, die er nach seinem Ausscheiden an sich zu nehmen gedenke. Die dienstlichen Schreiben, die Sachvorgänge beträfen, fänden Eingang in die entsprechenden Sachakten. St Döring präzisiert auf Nachfrage des Abg. Stritzl, dass Dr. Lohmann über seinen Anwalt ein Schreiben im Finanzministerium habe einreichen lassen; dabei handle es sich um eine Durchschrift ohne Briefkopf. Diese Kopie habe er an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Abg. Kubicki fragt, ob es im Ministerium eine Recherche nach möglicherweise vorhandenen Schreiben zu dem genannten Vorgang gegeben habe, die darauf hindeuten könnten, dass es während der Dienstzeit von Dr. Lohmann Kontakte zwischen ihm und den betreffenden Firmen hinsichtlich seiner weiteren beruflichen Verwendung gegeben haben könnte. St Döring entgegnet, dass die betreffenden Sachakten permanent durch Staatsanwaltschaft und die zuständigen Referate recherchiert würden.

Abg. Stritzl fragt nach dem Sachstand bei den disziplinarrechtlichen Verfahren und erinnert daran, dass die in der letzten Sitzung diesbezüglich offen gebliebenen Fragen vom Ministerium schriftlich beantwortet werden sollten.

Die Vorsitzende bespricht kurz die Planung der Reise nach Berlin.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. U. Kähler
Vorsitzende

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer